

# Das Polittheater um den „Heizungshammer“

Es war der Skandal des Jahres 2024 – oder etwa doch nicht? In ihrem Buch „Kurzschluss“ entlarvt Autorin Claudia Kemfert gefährliche Mythen zu klimapolitischen Fragen. Darunter auch die inszenierte Panik rund um das Heizungsgesetz

Ein Auszug

Ende März 2024 wurde bekannt, dass die Augsburger Stadtwerke ihre Kundinnen und Kunden über eine mögliche Stilllegung des Gasnetzes in etwa zehn Jahren informiert hatten. Aus dieser sachlichen Mitteilung machten einige Medien mit Schlagzeilen wie „Heizshock für Millionen Deutsche droht“ oder „Erste Großstadt will Gasnetz abschaffen“ umgehend ein dramaturgisches Großereignis.

Am selben Tag reagierten die Stadtwerke Augsburg auf die Medienberichte und erklärten: „Die Gasversorgung in Augsburg bleibt im Rahmen der gesetzlichen Regelungen auch weiterhin gesichert“ und „Es ist derzeit auch kein Rückbau des Gasnetzes geplant“. Sie bezeichneten die Presseberichterstattung als teilweise irreführend. „Teilweise irreführend“ ist kein Dementi. Denn es ist etwas Wahres dran an der Berichterstattung. Nur die Darstellung einer flächendeckenden Gasnetz-Stilllegung war überzogen. In Augsburg und in dem zitierten Schreiben ging es lediglich um einige wenige Gebiete, in denen Fernwärme ausgebaut und parallel dazu auf Gas verzichtet werden sollte.

Kein neues Ereignis. In einigen Gebieten, die künftig mit Fernwärme erschlossen werden, informierten die Stadtwerke bereits seit Jahren große Wärmeverbraucher über die geplante Fernwärmeverfügbarkeit in etwa zehn Jahren.

Nachrichtenswert hatte das eigentlich harmlose Schreiben der Augsburger Stadtwerke nur deshalb, weil im Bundestag und seinen Ausschüssen in jenen Wochen über das Heizungsgesetz gestritten wurde. Derweil lief draußen längst die Transformation an.

Denn eins steht fest: Was manchen heute noch undenkbar oder schockierend scheint, wird in wenigen Jahren normal sein. Augsburg ist nur eine Stadt von vielen. Schritt für Schritt werden in den nächsten Jahren vielerorts die Gasnetze stillgelegt. Und das ist kein Untergangsdrama, sondern

ein übliches Modernisierungsverfahren.

Historisch ist das überhaupt nichts Neues. Die aktuelle „Wärmewende“ verläuft ähnlich wie zum Beispiel die Elektrifizierung vor über hundert Jahren. Auch die war ein sehr langwieriger Transformationsprozess. Die erste elektrische Straßenbeleuchtung stand 1879 in Berlin. Erst fünf Jahre später gab es dort das erste öffentliche Elektrizitätswerk. Fun fact: Das kleine Pionierunternehmen dahinter, Siemens & Halske, wurde später ein Weltkonzern, der bis heute existiert. Als Pionierstadt war Berlin nach etwa vierzig Jahren – fast einem halben Jahrhundert! – weitgehend elektrifiziert. Ähnlich „schnell“ ging es auch in München und Dresden.

**FR | KLIMA**  
FR.de/klima

In Deutschland insgesamt dauerte es etwa 70 Jahre, bis auch in abgelegenen ländlichen Gebieten der Strom aus der Steckdose kam. In derselben Weise wie die Petroleum- und Gaslaternen fürs Licht im Leben unserer Ur- und Großeltern ihre Funktion einbüßten, geht in den nächsten Jahrzehnten auch das Zeitalter der flächendeckenden Gasnetze für die Wärme von heute zu Ende. Obwohl die öffentliche Debatte noch um Grundsatzfragen kreist, ist die Realität der Transformation längst im Gange. Die Gasnetzstilllegung läuft bereits. Der politische Streit der Politik über das – Achtung, Triggerwort! – Gebäudeenergiegesetz dreht sich nicht ums Ob, sondern nur ums Wie dieser Transformation.

„Bild“-Schlagzeile verzerrt Gesetzesinhalt

Der Streit um das Gebäudeenergiegesetz (GEG), „Habecks Heizungshammer“, war einer der größten politischen Konflikte der Ampel-Regierung. Im Kern besagte das Gesetz, dass jede

Heizung, die ab 2024 neu eingebaut wird, zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müsse. Bestehende Heizungen sollten auch nach 2024 betrieben werden können, bis zu 30 Jahre oder bis sie irreparabel kaputtgehen.

Ein Entwurf des Gesetzes wurde bereits in einer Frühphase der Entstehung, nämlich Ende Februar 2023, an die Bild-Zeitung durchgestochen, und die skandalisierte dessen Inhalt: „Schon ab 2024! Habeck will Öl- und Gas-Heizungen verbieten.“ Artikel und Schlagzeile erweckten den Eindruck, Öl- und Gasheizungen seien generell ab 2024 verboten, dabei war dies – auch im Entwurf – für Bestandsheizungen gar nicht vorgesehen.

Doch anders als der Stadt Augsburg gelang es der Bundesregierung nicht, die Debatte schnell und klar einzuhaken. Kommunikationsfehler sorgten für zusätzliche Verwirrung. Die FDP nutzte die Boulevardberichterstattung, um den Koalitionsstreit anzuhetzen. Anstatt Streitigkeiten intern zu klären, begab sich die Regierungspartei FDP ins Lager der Opposition, auch in Sachen Unsachlichkeit: Einzelne Abgeordnete hantierten sogar mit dem gänzlich unzutreffenden Begriff „Heizungsverbot“.

Für die Opposition war das ein gefundenes Fressen. CDU und CSU erschwerten durch Wortwahl und Vereinfachungen mit Slogans wie „Verheizt nicht mein Zuhause“ jegliche sachliche Informationsvermittlung. Ein Berliner CDU-Bundestagsabgeordneter stellte erfolgreich einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht gegen die Schlussabstimmung über den kontrovers diskutierten Gesetzesentwurf.

Der Umfang der finanziellen Förderung war monatelang unklar und sorgte für Verunsicherung. Bei einem Bürgerdialog räumte Wirtschafts- und Energieminister Habeck Fehler ein.

Am Ende bekam die Sache wirklich skurrile Züge. Selten habe ich in meiner jahrzehntelangen Forschung erlebt, wie systematisch ein Gesetzes-

vorhaben durch gezielte Kampagnen sabotiert wurde. Ich habe viele politische Debatten erlebt, aber diese Intensität der Angstmasche war neu. Plötzlich wurde aus einem durchaus vernünftigen Regelwerk zur schrittweisen Dekarbonisierung des Gebäudesektors ein „Heizungshammer“, der angeblich Millionen Deutsche in die Armut treiben würde. Millionen von Menschen bekamen Angst, ihre funktionierenden Heizungen würden über Nacht stillgelegt, obwohl das Gesetz von Anfang an umfangreiche Übergangsregelungen vorsah.

Das Absurde: Was 2023 noch als „Heizungshammer“, „Planwirtschaft“ und Bevormundung“ attackiert wurde, wurde inzwischen von der Merz-Regierung unter leicht anderem Etikett weitgehend übernommen.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD steht zwar noch: „Wir werden das Heizungsgesetz abschaffen. Das neue GEG machen wir technologieoffener, flexibler und einfacher.“ Die Realität sieht jedoch (Stand bei Drucklegung dieses Buches) ganz anders aus: Die 65-Prozent-Regel bleibt im Kern bestehen. Die gestaffelte Einführung über die kommunale Wärmeplanung bleibt ebenfalls erhalten. Die Förderung wird fortgeführt, möglicherweise mit Kürzungen wegen der Haushaltslage.

Der angekündigte Paradigmenwechsel von „Energieeffizienz“ zu „Emissionseffizienz“ klingt nach großer Veränderung, ist aber weitgehend kosmetisch. Und die versprochene „Technologieoffenheit“ – da ist sie wieder! – bedeutet vor allem, dass nun auch ineffiziente Lösungen wie Wasserstoffheizungen oder synthetische Kraftstoffe gleichberechtigt berücksichtigt werden, obwohl diese fünf- bis sechsmal teurer als Wärmepumpen sind.

Gas offensichtlich ging es also die ganze Zeit gar nicht um Sachfragen, es ging um Machtpolitik und Geschäftsmodelle. Die berechtigte Kritik an manchen Detailproblemen des Geset-

zes – etwa dessen Komplexität oder die Abstimmung mit der Wärmeplanung – spielte dabei nie wirklich eine Rolle. Es ging und geht um politisches Theater, um Wahlkampfrhetorik und darum, das Gesicht zu wahren. Die Menschen sollen glauben, es habe sich etwas Grundlegendes geändert, während in der Sache fast alles beim Alten bleibt, nur dass nun auch teure, ineffiziente Technologien im Namen der „Offenheit“ mit gefördert werden dürfen.

Bei alledem lohnt es sich, noch mal einen Blick auf einige Details zu werfen: Das Gebäudeenergiegesetz sah und sieht immer noch vor, dass ab 2024 neu eingebaute Heizungen zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden sollen. Diese 65-Prozent-Regel und ihre Ausnahmen sind jedoch vielschichtiger als anfangs kommuniziert.

Gesetzlich gilt diese Regel zunächst nur für Neubauten in Neubaugebieten. Im Entwurf genau wie in dem am Ende verabschiedeten Gesetz gab und gibt es für den millionenschweren Gebäudebestand umfangreichen Bestandsschutz und Übergangsfristen bis 2028. Heißt: Bestehende Heizungen dürfen weiterlaufen, repariert und sogar durch Gasheizungen ersetzt werden, wenn sie nicht mehr zu reparieren sind. Für eine Übergangsfrist von fünf Jahren dürfen auch Heizungen eingebaut werden, die nicht die Vorschriften des GEG erfüllen.

Spätestens ab Mitte 2028 wird die Nutzung von mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie für alle neuen Heizungen verbindlich, allerdings erst, wenn die kommunale Wärmeplanung als Voraussetzung abgeschlossen ist. Auch so stand es von Anfang an im Gesetz. 2. Aber der Witz: Der FDP gelang es, diesen Teil des Gesetzes als ihren Erfolg darzustellen.

Im frühen Entwurf noch nicht vorgesehen, aber im Gesetz verabschiedet wurde die umfassende Förderung: Für alle, die alte fossile Heizungen austauschen, soll es eine Grundförderung von 30 Prozent der Kosten geben. Einen Geschwindigkeitsbonus können selbst nutzende Eigentümer erhalten, die ihre funktionierende fossile Heizung austauschen. Weitere 30 Prozent Förderung hängen vom Einkommen ab. Maximal sind 70 Prozent Förderung möglich.

Außerdem wurde eine Beratungspflicht eingeführt: Seit Januar 2024 muss man sich vor dem Einbau einer neuen Öl-/Gasheizung beraten lassen hinsichtlich möglicher Auswirkungen der kommunalen Wärmeplanung und einer möglichen Unwirtschaftlichkeit der Anlage.

**Cui bono? Die Gasindustrie profitiert**

Um es offen auf den Punkt zu bringen: Die Gasförderung um den frühen Gesetzesentwurf war eine beispiellose und orchestrierte Desinformationskampagne. Am deutlichsten profitiert davon hat die Gasindustrie. Und es lasen sich auch mehrere belegbare Verbindungen zwischen der Gasindustrie und der Desinformationskampagne zum GEG nachweisen.



OLIVER BETKE

## ZUR PERSON

Claudia Kemfert ist Ökonomin, Energie- und Klimaexpertin. Sie leitet die Energieabteilung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Universität Lüneburg.

Im FR-Podcast „KlimaKlartext“ liefert Kemfert schonungslos Analysen und komplexe Themen verständlich aufbereitet – jeden letzten Sonntag im Monat auf fr.de, Youtube und sämtlichen gängigen Podcastplattformen.



Claudia Kemfert  
„Kurzschluss: Wie wir unserer Energiezukunft verspielen“  
Campus Verlag, 264  
Seiten, 26 Euro.

Das Heizen mit Gas ist – neben dem industriellen Verbrauch von Gas – das größte Geschäftsfeld der Gasindustrie: 50 Prozent der Haushalte in Deutschland heizen noch immer mit Gas. Entsprechend viel hat die Gasindustrie zu verlieren, wenn das Heizen mit Öl und Gas zügig auslaufen soll.

Eine zentrale Rolle beim Streit über die Zukunft des Heizens spielen die vielen lokalen Stadtwerke, die vor Ort unter anderem für die Energie- und Wärmeversorgung zuständig sind. Ihnen gehören zudem die Gasverteilnetze, die vor allem die Haushalte mit Gas zum Heizen versorgen. Diese Gasverteilnetze bringen den Stadtwerken bislang große Einnahmen.

Drei große Gasverbände arbeiten seit Langem intensiv daran, über sogenannten „klimaneutralen Wasserstoff“ das Geschäft mit dem fossilen Gas noch so lange wie möglich zu verlängern. Im Mai 2023 stellten der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Deutsche Verband für das Gas- und Wasserfach (DVGW) in einer Kooperation mit dem PR-Verband der Gasindustrie Zukunft Gas den „Transformationsplan Gas“ vor. Für die darin enthaltenen Szenarien wurden Studien über die zukünftige Verfügbarkeit und die Kosten von grünem Wasserstoff genutzt, die in erster Linie von der Gasindustrie selbst beauftragt und finanziert wurden.

Die Lobbyarbeit fruchtete. Kurz vor der Einigung über das GEG führte das Bundeskanzleramt nur mit drei gasfreundlichen Organisationen Gespräche. Am 2. Juni 2023 tauschte sich Staatssekretär Jörg Kukies mit dem Vorstandsvorsitzenden des DVGW zum GEG aus. Am 5. Juni gab es einen Austausch zwischen der Präsidentin und der Hauptgeschäftsführerin des BDEW und Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt. Und am 9. Juni tauschten sich der Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), einer Interessenvertretung der kommunalen Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft, und Staatssekretär Kukies über Gasverteilnetze und Wasserstoffinfrastruktur aus. Umweltorganisationen oder Wissenschaft, die eine kritische Haltung etwa zum Thema Heizen mit Wasserstoff einnehmen, wurden im Kanzleramt dagegen gar nicht gehört.

Im Dunkeln liegt bislang, welche Kontakte es während der Aushandlung des Heizungsgesetzes gab und wer möglicherweise an welchen Papieren oder Sprechzetteln mitgeschrieben hat. Wer weiß, was hier eines Tages noch herauskommt.

In Großbritannien wurde nämlich bereits im September 2023 eine gezielte Desinformationskampagne der Gaslobby aufgedeckt. Mindestens zwei Jahre lang hatte die Lobbyorganisation Energy and Utilities Alliance (EUA), ein Zusammenschluss aus 300 Unternehmen rund um die Gasindustrie, eine Marketing-Firma dafür bezahlt, gezielt Stimmung gegen Wärmepumpen zu machen. Ein an den Guardian geleaktes Dokument belegte, wie die Fossilobby die Öffentlichkeit manipulieren wollte. Die Marke-

ting-Kampagne machte in Großbritannien zwei Drittel der negativen Berichterstattung über Wärmepumpen aus.

Kurzfristig profitierte auch die FDP von der erhitzten Debatte. Sie konnte ihren Begriff der „Technologieoffenheit“ etablieren und sich als Retter vor grüner Bevormundung und als Beschützer der Bürger vor der angeblich planwirtschaftlichen Ökodiktatur inszenieren. Den Beipackzettel ihrer vermeintlich großartigen „Technologieoffenheit“ unterschlug sie dabei. Denn die FDP vermid es, den Menschen zu erklären, was die verzögerte Wärmewende für sie bedeuten würde. Sie verschwieg die Risiken und Nebenwirkungen.

Auf dem Beipackzettel steht aber: Es wird teuer! Denn Fakt ist, dass der CO<sub>2</sub>-Preis in den nächsten Jahren deutlich nach oben gehen wird. Im Jahr 2025 liegt der CO<sub>2</sub>-Preis bei 55 Euro pro Tonne. Ab 2027 soll sich der Preis in einem Emissionshandel durch Angebot und Nachfrage bilden. Das Forschungsprojekt Ariadne rechnet für das Jahr 2030 mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 120 Euro pro Tonne, das Energiewirtschaftliche Institut an der Uni Köln mit 151 Euro pro Tonne.

Wer in einem Einfamilienhaus mit einer Wohnfläche von 150 qm wohnt, muss allein für die Jahre 2024–26 zusätzlich zu den laufenden Heizkosten mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer von insgesamt rund 760 Euro rechnen. Wer sich 2024 von seiner Gasheizung verabschiedet hat, spart in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich 15 000 Euro.

Jede fossile Heizung, die jetzt noch eingebaut wird, wird also zum Kostengrab, und zwar für die Zeit bis 2045. Ab dann – sowohl europäisches Recht als auch das deutsche Klimaschutzgesetz legen dieses Enddatum fest – dürfen Heizungen, die herkömmliches Erdgas oder Heizöl verfeuern, nicht mehr betrieben werden. Das muss man sehr, sehr deutlich sagen. Aber davor drücken sich die sonst so vorlauten Prediger der „Technologieoffenheit“.

